

Antrag

der Abgeordneten **Alexander König, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer**, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Hermann Imhof, Oliver Jörg, Konrad Kobler, Thomas Kreuzer, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Angelika Schorer, Bernhard Seidenath, Reserl Sem CSU,

Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Brigitte Meyer, Karsten Klein, Julika Sandt, Thomas Dechant FDP

Präventive Maßnahmen zur Verhinderung sowie Beratungs- und Hilfsangebote für die Opfer von Zwangsheirat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die bestehenden präventiven Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsheirat dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit zu berichten.

Dabei ist insbesondere darauf einzugehen,

- wie in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein auf der Gleichberechtigung der Geschlechter basierendes Rollenverständnis Mädchen und Buben vermittelt und mit älteren Kindern konkret die Thematik Zwangsheirat sowie der Rechte und Pflichten von Ehepartnern besprochen werden,
- wie Migrantenverbände und -medien für dieses Thema sensibilisiert und für Präventionsmaßnahmen gewonnen werden,
- welche Beratungs- und Hilfsangebote es für von Zwangsverheiratung bedrohte Migrantinnen und Migranten gibt,
- wie die betroffenen Migrantinnen und Migranten über die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote informiert werden und Zugangshemmnisse abgebaut werden,

- wie auch solche Migrantinnen und Migranten erreicht werden, die erst relativ kurzfristig vor ihrer Heirat nach Deutschland einreisen und
- welche Akteure vor Ort speziell im Hinblick auf das Thema Zwangsheirat fortgebildet und vernetzt werden.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, über die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von Zwangsheirat dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit zu berichten.

Dabei ist insbesondere darauf einzugehen,

- ob die Beratungs- und Hilfsangebote den Opfern bekannt und niedrigschwellig zugänglich sind,
- ob den Opfern von Zwangsheirat, in aller Regel Frauen (oft mit Kindern), eine geschützte Unterbringung gesichert wird sowie
- ob die Rückkehrmöglichkeiten von Opfern von Zwangsheiraten nach Deutschland verbessert werden können.

Begründung:

Zwangsheiraten können nur effektiv verhindert werden, wenn die Migranten selbst dafür gewonnen werden, aktiv gegen Zwangsheirat vorzugehen: Insbesondere junge Migrantinnen müssen wir über ihre Rechtsstellung in unserer freiheitlichen Gesellschaft informieren und sie ermutigen, sich frei zu entscheiden. Gleichzeitig muss auch unter den Migranten ein Bewusstsein gebildet werden, Heiraten als eine höchstpersönliche Entscheidung zu begreifen und Zwangsheirat daher abzulehnen. Nur wenn der enorme soziale Druck der Migrantenfamilien auf ihre Familienmitglieder beendet wird, sich der Fremdentcheidung zur Heirat zu beugen, können v.a. die betroffenen jungen Frauen sich frei entscheiden, ohne den Ausschluss aus der Familie fürchten zu müssen. Gerade Opfer von Zwangsheirat leben häufig isoliert von der Mehrheitsbevölkerung. Beratungs- und Hilfsangebote müssen daher über die Orte des Lebensumfeldes der Betroffenen – wie beispielsweise Kindergärten und Supermärkte – zugänglich gemacht werden. Außerdem sind sie vielfach von häuslicher Gewalt betroffen. Um sich aus der Zwangsheirat lösen zu können, benötigen die Opfer vor allem eine sichere Unterkunft für sich und ggf. ihre Kinder.